

ECKPFEILER BÜRGERLICHER WIRTSCHAFTSPOLITIK

NILS HESSE

Die aktionistische, kleinteilige und dirigistische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ist gescheitert. Sie beruht auf der Anmaßung von Wissen und führt zu Fehlanreizen und zur politischen Einflussnahme von Einzelinteressen auf Kosten der Allgemeinheit. Eine bürgerliche Wirtschaftspolitik löst alle drei Probleme interventionistischer Wirtschaftspolitik, indem sie 1. nur die Spielregeln, nicht aber das Spielergebnis bestimmt, 2. den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren und Entmachtungsinstrument durchsetzt und 3. auf Vertrauen und Werte in gewachsenen, anpassungsfähigen Institutionen setzt. Bürgerliche Wirtschaftspolitik nutzt das in der Gesellschaft verstreute Wissen, verstreut die in der Politik und der Wirtschaft konzentrierte Macht und entfacht so wirtschaftliche Dynamik im Interesse aller Bürger.

Januar 2025

- **Wettbewerbspolitik:** Engere transatlantische Kooperation zur Regulierung digitaler Plattformen, Privatisierung staatsnaher Unternehmen, mutige Deregulierung
- **Geldpolitik:** EZB auf Geldwertstabilität fokussieren, Anleihekäufe beenden
- **Handelspolitik:** Multilaterale Welthandelsordnung stärken, WTO reformieren, Handelshemmnisse abbauen
- **Arbeitsmarkt:** Flexiblere Arbeitszeiten und Renteneintritt, Reform von Steuer- und Transfersystemen, deutlichen Lohnabstand zum Bürgergeld herstellen
- **Industriepolitik:** Bessere allgemeine Angebotsbedingungen sind beste Industriepolitik, Subventionen und Einzelförderungen begrenzen
- **Fiskalpolitik:** Schuldenbremse einhalten, Unternehmenssteuern senken, Schuldenregeln in der Eurozone durchsetzen

ÜBERBLICK

1. AUSGANGSLAGE

2. GRUNDPRINZIPIEN EINER BÜRGERLICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

2.1. *Der Staat bestimmt die Spielregeln, nicht das Spielergebnis*

2.2. *Wettbewerb: Als Entdeckungsverfahren nutzt er verstreutes Wissen; als Entmachtungsinstrument bringt er Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft*

2.3. *Vertrauen und Werte in gewachsenen, anpassungsfähigen Institutionen*

3. ANWENDUNGSBEREICHE BÜRGERLICHER WIRTSCHAFTSPOLITIK

3.1. *Wettbewerbspolitik*

3.2. *Handelspolitik*

3.3. *Arbeitsmarktpolitik*

3.4. *Industriepolitik*

3.5. *Eigentumspolitik*

3.6. *Geldpolitik*

3.7. *Fiskalpolitik*

4. SCHLUSSGEDANKE

Eckpfeiler einer bürgerlichen Wirtschaftspolitik

von Dr. Nils Hesse

1. AUSGANGSLAGE

Wirtschaftlich steht Deutschland im Winter 2024/2025 schlecht da. Statt Wachstumszahlen wie in den 1950er und 1960er Jahren ist es mittlerweile eine gute Nachricht, wenn Deutschlands Wirtschaftsleistung nicht weiter schrumpft. Die strukturell bedingte wirtschaftliche Misere kommt zunehmend auch am Arbeitsmarkt an, besonders Arbeitsplätze in der Industrie werden abgebaut. Die deutsche Exportwirtschaft profitiert kaum von einer sich erholenden Weltwirtschaft, die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe fällt seit Jahren. Private Investitionen sind rückläufig, dafür steigt die Staatsquote auf fast 50 Prozent. Die Inflation geht zwar etwas zurück, liegt aber weiterhin über der Obergrenze von 2 Prozent.

Aktionistische, kleinteilige und dirigistische Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitisch hat Deutschland offensichtlich zu viele falsche Abzweigungen genommen. Die kleinteilige und dirigistische Energiewende, ein überdimensionierter und zur Untätigkeit anreizender Wohlfahrtsstaat, eine nicht auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts ausgerichtete Migrationspolitik, zunehmende industriepolitische Hybris, Überregulierung sowie die im internationalen Vergleich hohen Steuern entfalten in ihrer Kombination eine toxische Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandorts.

Die Stärken des Wirtschaftsstandortes Deutschland, die gewachsenen mittelständischen Strukturen, das bewährte duale Ausbildungssystem, die weiterhin hohe Innovationsfähigkeit oder die gute Einbindung Deutschlands in den europäischen und weltweiten Freihandel, können die Lasten einer fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik kaum noch ausgleichen. Die vielen guten Ideen und Geschäftsmodelle, die deutsche Forscher und Unternehmer noch immer entwickeln, werden zu häufig an anderen Standorten umgesetzt. In dieser Situation gilt es, sich auf die deutschen Stärken und die bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen. Weder die lenkende Industriepolitik Frankreichs, die aggressive Geoökonomie Chinas oder die fiskalische Expansion der USA können Deutschland Orientierung geben. Deutschland muss wieder seinen eigenen Weg zu mehr Produktivität, Wachstum, Sicherheit und Wohlstand für alle finden. Dieser Weg wird nachfolgend beschrieben.

2. GRUNDPRINZIPIEN EINER BÜRGERLICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wie Menschen auf Märkten miteinander in wirtschaftlichen Austausch treten, hängt von den durch kulturelle Evolution und bewusste staatliche Regelsetzung gebildeten Institutionen ab. In der langen Wirtschaftsgeschichte haben sich bestimmte Institutionen als wesentlich herausgestellt, um die positiven Wirkungen des wirtschaftlichen Austausches auf Märkten zu befördern: ein funktionierender Rechtsstaat, geschützte Eigentumsrechte, Vertragsfreiheit, Haftung für das eigene Handeln, offene Wettbewerbsmärkte, freie Preisbildung und eine unabhängige, auf Preisstabilität verpflichtete Zentralbank.

Auf die Etablierung und Durchsetzung dieser Institutionen, Rechte und Prinzipien zielt das in Deutschland bewährte Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Kern der Sozialen Marktwirtschaft sind zeitlose Prinzipien und Grundsätze, die auch heute die Eckpfeiler einer bürgerlichen Wirtschaftspolitik bilden. Ihren politischen Erfolg verdankt die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft auch dem Interpretationsspielraum, der weit über den engeren Kern der wesentlichen Prinzipien hinausgeht. Diesen Interpretationsspielraum nutzten politische Entscheidungsträger in den letzten Jahrzehnten allerdings immer wieder, um im Namen der Sozialen Marktwirtschaft wirtschaftspolitische Irrwege zu beschreiten.

Im ständigen Wettstreit zwischen den theoretischen Einsichten und praktischen Fehlanreizen, zwischen ordoliberalen Sonntagsreden und dem politischen Alltagsgeschäft, rücken die Prinzipien leicht hinter mächtige Interessengruppen, zentralistische Steuerungszwänge und politischen Opportunismus zurück. In der Summe stellen die Spielregeln häufig weder das Haftungsprinzip noch einen funktionierenden Wettbewerb sicher. Zudem verzerren Interventionen auf dem Spielfeld das Preissignal, beschränken die Vertragsfreiheit und binden wichtige Ressourcen auf Seiten der Marktakteure und des Staates.

Wenn wie bei Erhards Preisfreigabe 1948 oder Schröders Hartz-Reformen Prinzipien bürgerlicher Wirtschaftspolitik die Oberhand behalten, dann weil zuvor die dafür erforderliche geistige Vorarbeit geleistet wurde. Diese Vorarbeit braucht es auch derzeit.

Die drei Probleme interventionistischer und drei Einsichten bürgerlicher Wirtschaftspolitik

Wie jede Wirtschaftspolitik muss auch eine bürgerliche Wirtschaftspolitik drei wesentliche Probleme lösen: das Anreizproblem, das Wissensproblem und das Machtproblem.

*Das **Anreizproblem** geht von der Einsicht der Public-Choice Theorie aus, wonach gut gemeinte wirtschaftspolitische Maßnahmen oft unerwartete und unerwünschte Anreize schaffen können. In seinem Aufsatz „Was man sieht und was man nicht sieht“ beschrieb der französische Ökonom Frédéric Bastiat, dass die Fehlanreize und Kosten staatlicher Interventionen häufig versteckt und nur schwer erkennbar sind.*

*Das **Wissensproblem** bestimmt die Arbeiten von Friedrich von Hayek, wonach ein zentraler Planer oder eine Regierung nicht über wesentliche Informationen wie die Bedürfnisse und Präferenzen der Bürger oder die Erfolgchance von Technologien verfügt, um steuernd in Wirtschaftsprozesse eingreifen zu können.*

*Das **Machtproblem** steht im Kern des ordoliberalen Forschungsprogramms der Freiburger Schule. Demnach versuchen einzelne Interessengruppen umso offensiver sich einen Vorteil zulasten der Gemeinschaft zu verschaffen, je mehr der Staat verteilt und interveniert.*

Eine bürgerliche Wirtschaftspolitik löst alle drei Probleme, indem sie auf Regeln, Wettbewerb und gewachsenes Vertrauen setzt:

2.1. Der Staat bestimmt die Spielregeln, nicht das Spielergebnis

Diese grundlegende Faustregel beschreibt am einfachsten, welche Rolle eine bürgerliche Wirtschaftspolitik dem Staat zuweist. Das Setzen von stabilen, allgemeingültigen und abstrakten Regeln ist eine wichtige Aufgabe des Staates, auf die er sich konzentrieren sollte. Erst ein regelbasierter Ordnungsrahmen gibt den Marktakteuren ausreichend Berechenbarkeit, um Entscheidungen treffen und Risiken eingehen zu können. Die Konsequenzen dieser Entscheidungen tragen die Akteure selbst, im Guten wie im Schlechten.

Die Regeln gilt es immer wieder den geänderten Anforderungen und den leitenden marktwirtschaftlichen Prinzipien anzupassen, um Fehlentwicklungen und Fehlanreize auf der Regelebene rechtzeitig zu begrenzen, bevor der politische Druck für Interventionen des Staates in Märkte steigt. Eine solche ebenso mutige wie maßvolle Anpassung sollte weder mit nur kosmetischen Eingriffen an der Oberfläche noch mit radikalen Umstürzen gewachsener Institutionen verwechselt werden. Es geht um gleichzeitig gezielte und tiefgehende Reformen, die in Form von abstrakten Regeln das Eigeninteresse der Marktteilnehmer und der Staatsvertreter mit dem Gemeinwohlinteresse in Einklang bringen.

Das ist eine anspruchsvolle und dauerhafte Aufgabe, da Interessensgruppen auf dem „Maskenfest der Ideologien“ (Röpke) ständig versuchen, den Staat für ihre Ideologien und Interessen zu instrumentalisieren. Ziel ist ein Ordnungsrahmen, der Machtkonzentrationen vorbeugt, den freien Zugang zu Märkten sichert, negative und positive externe Effekte einpreist, Informationsasymmetrien lindert und den diskretionären Entscheidungsspielraum von Politiker und damit den Einflussraum von Interessengruppen begrenzt.

2.2. Wettbewerb: Als Entdeckungsverfahren nutzt er verstreutes Wissen; als Entmachtungsinstrument bringt er Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Wettbewerb ist der zentrale Mechanismus, der in marktwirtschaftlichen Systemen die wirtschaftlichen Aktivitäten koordiniert und stimuliert. Er sorgt im Idealfall für eine Harmonie zwischen individuellem Eigennutzstreben und kollektiver Rationalität.¹ Diese Harmonie äußert sich darin, dass die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden effizient eingesetzt, leistungsgerecht entlohnt und weiterentwickelt werden und sich diese Entwicklungen rasch verbreiten.² Unternehmen, die nicht auf Preisanreize reagieren und ihr Angebot nicht an den Bedürfnissen der Kunden ausrichten, müssen mit Sanktionen in Form von Verlusten bis hin zum Konkurs rechnen. Nicht der Staat, sondern der einzelne Unternehmer entscheidet, was er wie produziert und zu welchem Preis anbietet. Die Konsumenten wiederum entscheiden, was und wie viel sie nachfragen, sparen und arbeiten.³

¹ Vgl. Weimann (2009).

² Vgl. für einen Überblick Horn (2010: 51).

³ Vgl. Horn (2010: 49).

Der marktwirtschaftliche Wettbewerb **entdeckt das dezentral in der Gesellschaft verstreute Wissen** über Knappheiten, Produktionsverfahren und Präferenzen und macht dieses Wissen über den Preismechanismus allen Marktteilnehmern verfügbar (F. A. v. Hayek 1968/69: 249). Unternehmen und Konsumenten passen sich an diese unaufhörliche Wissensproduktion an, suchen ständig nach neuen Produkten und Produktionsverfahren und stellen so sicher, dass Güter, Ressourcen und Dienstleistungen effizient eingesetzt werden.

Es ist das Verdienst der originären Ordoliberalen, neben der Effizienz des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs auch **die emanzipatorische und machtbegrenzende Funktion des Wettbewerbs als „genialstes Entmachtungsinstrument der Geschichte“** (Böhm 1961) herausgestellt zu haben. Ein offener, regelbasierter Wettbewerb verhindert gesicherte Machtpositionen wie staatlich geschützte Monopole oder Kartelle. Dadurch wird gewährleistet, dass jeder – ob als Nachfrager oder Anbieter – Zugang zu Märkten erhält. Konsumenten sind auf Wettbewerbsmärkten nicht von mächtigen Unternehmen oder staatlichen Planern abhängig, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. An die Stelle einer einseitigen Abhängigkeit tritt über den Marktpreis für Leistungen eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen Konsumenten und Anbietern.

Eine bürgerliche Wirtschaftspolitik unterscheidet zwischen der Wirtschaft als Oberbegriff für die einzelnen, interessengeleiteten Wirtschaftsakteure und der Marktwirtschaft als Oberbegriff für den freiwilligen Austausch zum gegenseitigen Vorteil aller Beteiligten. Die Versuche von einzelnen Wirtschaftsakteuren wie Verbänden oder staatsnahen Unternehmen, ihre Machtpositionen mit Hilfe des Staates durch künstliche Marktzutrittsschranken, Subventionen oder Preisbeschränkungen zu sichern, wehrt eine bürgerliche Wirtschaftspolitik ab. Sie zielt vielmehr darauf, Märkte so offen zu halten, damit der Preismechanismus und der spontane und dezentrale gesellschaftliche Interessenausgleich wirken können. Der Wettbewerb auf offenen Märkten bringt so die Freiheit in die Wirtschaft, schützt die Bürger vor wirtschaftlicher und staatlicher Machtballung und ermöglicht es jedem Einzelnen, seine Lebensziele autonom und unter fairen Bedingungen zu verfolgen.

2.3. Vertrauen und Werte in gewachsenen, anpassungsfähigen Institutionen

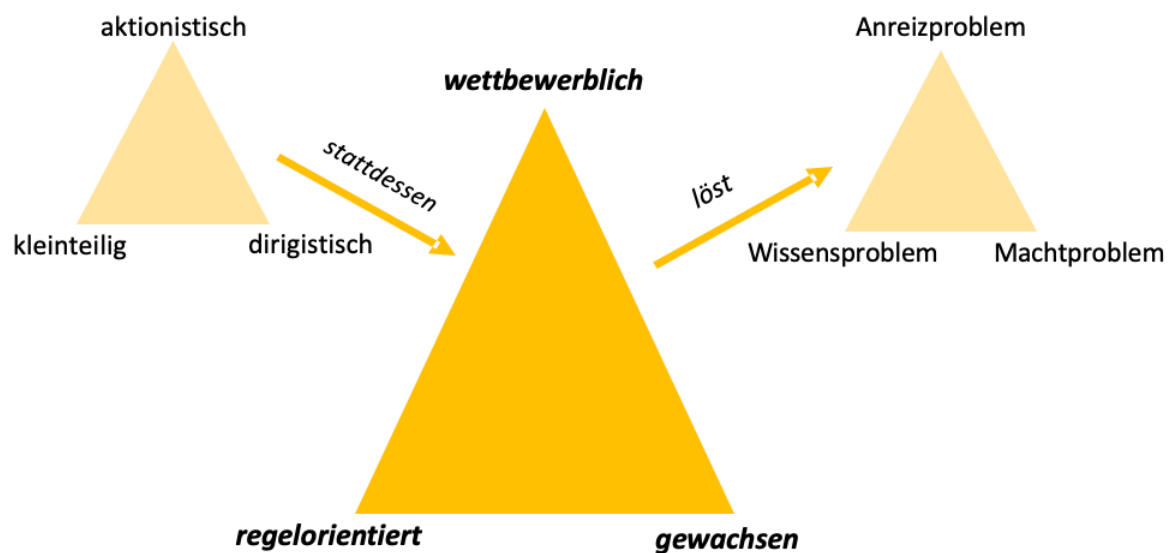
Bürgerliche Wirtschaftspolitik findet somit auf der Regelebene statt und entfacht die segensreiche Wirkung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Dazu muss sie eine Wettbewerbsordnung setzen, die den Bedingungen eines in den Welthandel eingebundenen Industrielandes im 21. Jahrhundert gerecht wird. Dabei ist die Wettbewerbsordnung nicht unabhängig von der Gesellschaft zu sehen; Walter Eucken (1952/2004: 14) spricht von einer Interdependenz der Wirtschaftsordnung mit allen anderen Lebensordnungen.

Seit Adam Smiths *Theory of Moral Sentiment* wissen wir, wie wichtig neben der Anerkennung der menschlichen Unvollkommenheit und Zwiespältigkeit die moralischen Grundlagen und unsere Empathiefähigkeit für das Funktionieren einer Gesellschaft und somit auch für den marktwirtschaftlichen Wettbewerb sind. Neben einem staatlichen Regelrahmen braucht es Akteure, die ihre Ideen, Werte und Netzwerke in diesen Wettbewerb einbringen. Zentrale Akteure einer bürgerlichen Wirtschaftspolitik sind sowohl fest verwurzelte, oft familiengeführte mittelständische Unternehmen ebenso wie neue Geschäftsmodelle verfolgende Start-Ups. Diese eigenverantwortlichen Unternehmen füllen die Wettbewerbsordnung mit Leben und sind das wichtigste Korrektiv einer zur Zentralisierung und Intervention neigenden Staatswirtschaft. Unternehmer, die sich

ihrer Verantwortung für ihr Unternehmen und die Gesellschaft bewusst sind, tragen zudem zu einer grundlegenden Vertrauensbasis bei, der jede funktionierende Marktwirtschaft bedarf. Nur wenn neben dem Handeln des Staates auch das Handeln der einzelnen Akteure berechenbar ist und wir uns auf einen gewachsenen, elementaren Normenkonsens verlassen können, entstehen stabile, wirtschaftliche Handelsbeziehungen.

Ökonomisch formuliert senkt in formellen und informellen Institutionen gewachsenes Vertrauen die Transaktionskosten; weniger technisch formuliert basiert unser Wohlstand auf in kleinen Gemeinschaften und Familien vermittelten Werten wie Eigenverantwortung, Fleiß, Offenheit, Ehrlichkeit, Empathie und Menschlichkeit sowie auf der Verlässlichkeit wesentlicher Institutionen wie dem Recht am eigenen Eigentum oder der Vertragsfreiheit. Nur wenn Investoren darauf vertrauen können, die Früchte ihrer Investition ernten zu können, investieren sie. Und nur wenn Bürger darauf vertrauen, dass sich staatliche Institutionen in Krisen reformieren können, weicht selbsterfüllender Pessimismus begründetem Optimismus (vgl. Brunnermeier/Kolev 2023).

Bürgerliche statt interventionistische Wirtschaftspolitik



3. ANWENDUNGSBEREICHE BÜRGERLICHER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die abstrakten Einsichten und Prinzipien übersetzen sich in konkrete Empfehlungen für eine bürgerliche Wettbewerbs-, Handels-, Arbeitsmarkt-, Industrie-, Eigentums-, Geld- und Fiskalpolitik. Für eine echte Wirtschaftswende braucht es zudem einen marktwirtschaftlichen Neustart in der Klima- und Energiepolitik, eine Reform der sozialen Sicherungssysteme und eine grundlegende Staatsreform. Wie diese Reformen aussehen, beschreiben die jeweils zu diesen Themen bereits erschienenen R21-Eckpfeilerpapiere. Die positiven Wirkungen der Reformen in den einzelnen Bereichen verstärken sich in einem großen Reformprojekt wechselseitig. So ermöglicht eine offene Handelspolitik eine effizientere Klimapolitik und eine erfolgreichere Industriepolitik, in der einzelne Länder in ihre Stärken statt in ihre Schwächen investieren.

3.1. Wettbewerbspolitik

Märkte sind nicht per se vor Machtkonzentration geschützt. Einzelne Unternehmen haben oft kein Interesse oder keine Möglichkeit, Wettbewerbsbeschränkungen zu beseitigen.⁴ Erste Aufgabe einer bürgerlichen Wirtschaftspolitik ist es daher, mit einer geeigneten Ordnung den Wettbewerb so zu schützen, dass er Wissen entdeckt und wirtschaftliche Macht breit verteilt.

Neben den klassischen wettbewerbspolitischen Aufgaben der entschlossenen Fusionskontrolle, der Verhinderung von Machtmissbrauch und der Strukturregulierung kann der Staat Marktzutrittschranken senken, indem er die Regulierungsdichte reduziert, insbesondere mittelständische und junge Unternehmen ohne große Rechtsabteilungen von Berichts- und Dokumentationspflichten entlastet und Einzelförderungen durch gute allgemeine Angebotsbedingungen ersetzt.

Einfallstore für Wettbewerbsverzerrungen sind zudem staatsnahe Unternehmen wie die Deutsche Bahn oder die Deutsche Post. Sie vollständig zu privatisieren ist nur ein Teil der Lösung. Es braucht zudem ein Wettbewerbsrecht, das die Entstehung von staatlich geschützten, privatrechtlich organisierten Monopolen verhindert und natürliche Monopole reguliert. Unabhängige Wettbewerbsbehörden müssen nach einem einheitlichen Verfahren Marktstörungen auch dann bestmöglich beseitigen, wenn staatliche Stellen (mit-)ursächlich sind.

Um die Macht von Big-Tech-Monopolisten zu begrenzen, bedarf es einer engeren internationalen Zusammenarbeit, insbesondere zwischen den USA und der EU. Monopolisten wie Google sollten dazu verpflichtet werden, Klick- und Abfragedaten mit Wettbewerbern zu teilen und daran gehindert werden, ihre Monopolstellung durch Exklusivverträge mit Herstellern oder Lieferanten zu festigen.

⁴ Vgl. Weimann (2009).

3.2. Handelspolitik

Ein freier Welthandel ist nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile für alle an ihm beteiligten Länder wesentliches Ziel einer bürgerlichen Wirtschaftspolitik. Indem ein freier Welthandel den Standortwettbewerb entfacht, hilft er auch, unnötige staatliche Interventionen, Fehlanreize und Umverteilung zu begrenzen und die Politik stärker auf das Gemeinwohl auszurichten. Damit diese Vorteile erreicht werden und die Globalisierung nicht zu deregulierten Finanzmärkten und Steuervermeidungsmöglichkeiten für marktmächtige Konzerne zu Lasten der mittelständischen Konkurrenz führt, braucht es eine konsequent auf Prinzipien wie Gegenseitigkeit, Transparenz und Meistbegünstigung basierende multilaterale Welthandelsordnung.

Die WTO als Hüterin einer solchen Welthandelsordnung braucht einfach anwendbare Ursprungsregeln, die auch mittelständischen Unternehmen den Zugang zu globalen Märkten erleichtern. Ersatzweise können bilaterale Freihandelskommen und Abkommen im Rahmen der G20 zu den oben genannten Zielen beitragen, wenn sie sich auf das Wesentliche fokussieren: den Abbau von Handelshemmnissen. Immer weniger Handelspartner werden hingegen moralisierend vorgetragene Umwelt-, Klima- und Menschenrechts-Vorgaben einer EU akzeptieren, die weltwirtschaftlich an Bedeutung verliert.

Zu einem wünschenswerten Standortwettbewerb trägt zudem bei, wenn einzelne Länder und Regionen Freiräume für organisch wachsende, diversifizierte mittelständische Strukturen schaffen, statt von oben nationale Champions industriepolitisch zu züchten. Lokal verwurzelte und global vernetzte mittelständische Wirtschaftsstrukturen erhöhen die Resilienz der Weltwirtschaft insgesamt.

Was im globalen Markt gilt, gilt erst recht im EU-Binnenmarkt. Das größte Erfolgsprojekt der EU hat noch immer zu viele Barrieren. Noch immer gibt es keinen gemeinsamen Markt für Energie oder Kapital. So dürfen nach geltendem EU-Recht grenzüberschreitende Energie-Lieferbeziehungen maximal für ein Jahr vereinbart werden. Regeln wie diese verhindern eine verlässliche und gleichzeitig bezahlbare EU-weite Energieversorgung und schaden zunächst der Wirtschaftskraft und auf Dauer dem ganzen europäischen Projekt (vgl. Koch 2024).

3.3. Arbeitsmarktpolitik

Ausgangspunkt einer bürgerlichen Arbeitsmarktpolitik ist die Anerkennung des ethischen Werts der Arbeit für die Selbstverwirklichung des Einzelnen und des praktischen Werts der Arbeit als Grundlage jeden Wohlstands einer Gesellschaft. Dass Arbeit anstrengend, aber auch erfüllend und produktiv ist, weiß zum Beispiel in den USA jedes Kind. Wenn sich Kamala Harris und Donald Trump in einem einig waren, dann im Wert harter Arbeit. Die Debatten in Deutschland drehen sich dagegen um 4-Tage oder 35-Stunden Wochen, die Arbeitszeit ist streng geregelt, genauso wie der erlaubte Lichteinfall am Arbeitsplatz. Ein großer Teil der Arbeitnehmer weiß den Kündigungsschutz selbst bei andauernder Minderleistung auf seiner Seite. Zudem belohnt das Steuer-, Abgaben- und Transfersystem die Arbeitsaufnahme und Mehrarbeit gerade bei niedrigen Einkommen und älteren (potentiellen) Arbeitnehmern zu wenig – ein klassisches Anreizproblem. Ein Wissensproblem

haben wir, wenn der Staat sich anmaßt, die Lohnhöhe und das Renteneintrittsalter besser bestimmen zu können als die Tarifpartner.

Im Ergebnis arbeitet ein Erwerbstätiger in den USA 1811 Stunden im Jahr, in Deutschland sind es im Durchschnitt nur noch 1340 Stunden. Mit dieser Einstellung zur Arbeit wird Deutschland seinen Wohlstand nicht halten können. Das Produktivitätswachstum stagniert seit 7 Jahren und die Deutschen werden im Durchschnitt immer älter. Höchste Zeit für flexiblere Arbeitszeiten und Renteneintritte, Öffnungsklauseln bei den Ruhezeitregelungen, die Deckelung der Sozialabgaben und Reformen zur Sicherung des Lohnabstandsgebots. Damit gerade für untere Lohngruppen die Arbeitsanreize steigen, braucht es beides: Reduzierte Transferentzugsraten sowie reduzierte und an klarere Bedingungen geknüpfte Sozialtransfers.

3.4. Industriepolitik

Die Wirtschaftspolitik hat in den letzten Jahren mit Subventionen, Verstaatlichungen und Wirtschaftsförderungen versucht, kriselnde Strukturen zu erhalten, nationale Champions zu schaffen, vermeintliche Zukunftstechnologien zu fördern und die klimapolitische Transformation zentral zu steuern. Seit 2019 haben sich die von der Regierung ausgezahlten Subventionen vervielfacht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Trotz (oder auch wegen) der Gelder aus Berlin und Brüssel gehen die privaten Investitionen zurück und Deutschland fällt in internationalen Standortrankings ab. Statt faire Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, richtet sich der Fokus oft auf Einzelfälle – zum Nachteil der Breite der Wirtschaft. Die drei Probleme interventionistischer Wirtschaftspolitik treten zunehmend gemeinsam auf und verstärken sich gegenseitig:

- *Anmaßung von Wissen*: Der Staat scheitert daran, die „richtigen“ förderwürdigen Unternehmen, Technologien und Märkte der Zukunft auszuwählen.
- *Fehlanreize*: Unternehmen und Politik konzentrieren sich stärker auf Förderprogramme als auf tragfähige Geschäftsmodelle bzw. auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen.
- *Macht und Rent-Seeking*: Dafür finden die falschen Unternehmen der Vergangenheit den Staat und werben dort um staatliche Hilfen (vgl. Schularick 2023).

Aber selbst wenn der Staat die richtigen Unternehmen finden würde, ist eine lenkende Industriepolitik ein Irrweg. Sie schafft wenige Gewinner, aber viele Verlierer. Der Kampf um staatliche Vorteile hemmt den eigentlichen Wettbewerb um Innovationen und sich selbst tragende Geschäftsmodelle. Selbst vermeintliche Gewinner staatlicher Förderung profitieren oft nur kurzfristig: Unternehmen, die auf Subventionen angewiesen sind, entwickeln keine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit. Der Marktanreiz für notwendige Umstrukturierungen und Innovationen wird durch staatliche Unterstützung unterdrückt – mit regelmäßigem Scheitern als Folge. Roland Koch (2024) bringt es auf den Punkt: „Wenn sich erst einmal alle an den staatlichen Honigtopf als Wirtschaftsprinzip gewöhnt haben, verlieren wir den globalen Wettbewerb und versinken in Schulden.“

Jede industriepolitische Intervention muss strenge Verhältnismäßigkeitskriterien erfüllen⁵:

1. **Marktversagen:** Zunächst muss klar sein, warum das Marktergebnis gesellschaftlich wichtige ökonomische und politische Ziele nicht erreicht.
2. **Marktkonforme Optionen:** Anschließend ist zu prüfen, wie die identifizierten Ziele möglichst marktkonform erreicht werden können. Erst wenn zum Beispiel zur Minderung kritischer Abhängigkeiten marktkonforme Lösungen wie der Aufbau neuer Lieferbeziehungen („diversifiziertes Friendshoring“) oder der Abschluss von Freihandelsverträgen nicht ausreichen, kommen tiefere Eingriffe wie Subventionen für einheimische Produktion, Vorgaben zur Lagerhaltung oder Handelsbarrieren in Betracht. Auch diese Maßnahmen sollten regelbasiert und frei von politischer Beliebigkeit sein.
3. **Marktversagen vs. Staatsversagen:** Abschließend gilt es die Kosten, Allokationsverzerrungen, Mitnahmeeffekte und Fehlanreize der staatlichen Intervention dem möglichen Nutzen gegenüberzustellen. Diese Abwägung erhöht den Rechtfertigungsdruck für den Staat, wenn er in den Markt eingreifen will.

Die meisten staatlichen Eingriffe – etwa Einzelsubventionen, Rettungshilfen, Abwrackprämien, Vorgaben für die Energieeffizienz von Produkten und Gebäuden, grüne Leitmärkte, Kaufprämien für E-Autos oder Lade-Zuschüsse – bestehen diese Prüfung nicht. Ihre Begründungen sind zu schwach, sie ignorieren marktkonformere Alternativen oder verursachen zu hohe indirekte Kosten. Anders kann es bei CO₂-Grenzausgleichsmechanismen oder der Förderung von vorwettbewerblicher Grundlagen- und Unternehmensforschung aussehen, die richtig ausgestaltet Anreiz- und Wissensprobleme lösen und den Strukturwandel unterstützen können. Langfristig ist die effektivste Industriepolitik eine marktwirtschaftlich orientierte Politik, die nicht einzelne Unternehmen bevorzugt, sondern die Rahmenbedingungen für alle – bestehende und zukünftige – Unternehmen verbessert. Dazu braucht es ein Leitbild für den Rahmen setzenden Staat⁶, nicht für die innerhalb dieses Rahmens spontan entstehenden Märkte.

3.5. Eigentumspolitik

Eine bürgerliche Eigentumspolitik erkennt die Würde des Eigentums an, wie Alexander Rüstow (1957/1963: 182) sie beschrieben hat. Für ihn ist Eigentum „die unentbehrliche Grundlage menschlicher Freiheit, menschlicher Selbstständigkeit, menschlicher Selbstverantwortung“. Breit und dezentral verteiltes Eigentum ist demnach ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen und politischen Machtkonzentration und stabilisiert die Mitte der Gesellschaft. Wer privates Eigentum bildet, ist auch in Notfällen weniger auf den Staat und seine Transfersysteme angewiesen. Mehr Wohneigentum entlastet zudem den Mietmarkt. Wenn der Staat hingegen mit Mietpreisbremsen die Preissignale stummschaltet, verschärft er den Mangel an Wohnraum und belastet gleichzeitig die Mobilität am Arbeitsmarkt.

⁵ Vgl. für ähnliche Verhältnismäßigkeitstests Hesse und Andritzky (2024) sowie Matthes (2024).

⁶ Vgl. hierzu den R21-Eckpfeiler zum bürgerlichen Staatsverständnis (Hesse 2024).

Doch hohe Grunderwerbsteuern und unwirtschaftliche Effizienzstandards erschweren den Erwerb von Wohneigentum, hohe (Grenz-)Steuerbelastungen bei der Einkommenssteuer erschweren höhere Sparleistungen von Beziehern mittlerer Einkommen und die gering ausgeprägte Aktienkultur hemmt die private Vermögensbildung.

Bevor der Staat neue Subventionsprogramme etwa in Form eines staatlichen Kinderstartgelds auflegt, sollte er zunächst die von ihm aufgebauten Hürden vor der privaten Vermögensbildung abbauen. Naheliegende Schritte sind große Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum, weniger Regulierung beim Wohnungsbau und ein Abflachen des Mittelstandsbauchs bei der Einkommenssteuer. Zudem gilt es die Finanzbildung in Schulen und die Bedingungen für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung weiter zu verbessern. Kontraproduktiv für das Ziel einer stabileren, freieren und selbstverantwortlicheren Gesellschaft sind Vermögenssteuern oder Pläne, die Erbschaftssteuer zu erhöhen.

3.6. Geldpolitik

Die Geldwertstabilität ist ein überragendes Ziel bürgerlicher Wirtschaftspolitik, dem eine unabhängige Zentralbank verpflichtet werden sollte. Eine zunehmend politisierte EZB droht dieses Ziel aus dem Auge und damit an Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn sie die Geldwertstabilität nur als eines von mehreren Zielen wie dem Klimaschutz verfolgt und zudem durch Anleihekäufe versucht, hochverschuldeten Mitgliedsstaaten fiskalische Spielräume zu verschaffen. Sowohl Klima- als auch Fiskalpolitik ist Aufgabe von Parlamenten und Regierungen, nicht von unabhängigen Zentralbanken.

Diese Aufgabenteilung gilt es wieder einzuhalten. Auch wenn es kurzfristige Interessen gibt, das Mandat der EZB über die Geldwertstabilität hinaus zu dehnen, sind die Stabilität und das Vertrauen in die Währung zu hohe Güter, um sie im tagespolitischen Geschacher aufs Spiel zu setzen. Eine politisierte EZB hat weder das demokratische Mandat noch das Wissen, um mit ihren geldpolitischen Instrumenten kleinteilig, ad-hoc und feinsteuern in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Konkret gilt es, die beträchtlichen Bestände an Staats- und Unternehmensanleihen in der EZB-Bilanz wieder dem Markt zuzuführen und jegliche Verwässerung des auf Geldwertstabilität ausgerichteten Mandats zu unterlassen.

3.7. Fiskalpolitik

Die Schuldenbremse setzt einer Fiskalpolitik Grenzen, die Probleme nur mit neuen Schulden verdeckt. Sie zwingt im besten Fall dazu, Prioritäten zu setzen und mit anspruchsvollen Reformen zu verhindern, dass die Ausgaben für Bürgergeld, Rente, Beamtenapparat oder Subventionen aus dem Ruder laufen. Dank der Schuldenbremse werden nicht alle Wahlversprechen umgesetzt, die einzelne Gruppen und Unternehmen zu Lasten der jungen Generation und staatsfernen Unternehmen bedienen.

Dringend nötige Impulse für die Wirtschaft brauchen keine Schulden. Eine Neuausrichtung der Sozialpolitik auf die Absicherung existenzieller Risiken, der Klimapolitik auf international abgestimmte CO₂-Bepreisung und der Wirtschaftspolitik auf wesentliche Rahmensetzungen würde Regulierungslasten spürbar senken und

Haushaltsmittel freimachen. Mit diesen Mitteln könnte sich die Unternehmensbesteuerung an das Niveau anderer großer Industriestaaten annähern und zusätzlich in Infrastruktur und die innere und äußere Sicherheit investiert werden.

Ebenso wichtig sind wirksame Schuldenregeln für die Eurozone. Die Stabilität des Euro basiert auf dem Prinzip der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten. Unterschiedliche, der Stabilität der nationalen Haushalte entsprechende Finanzierungskosten der Mitgliedstaaten sind ein unverzichtbarer Anreiz, solide zu haushalten. Ob die neuen Regeln der Eurozone wirksam genug sind, ist fraglich. Zu groß sind die Spielräume der Kommission bei ihrer Anwendung. Die zu hohen Staatsdefizite etwa in Frankreich oder Italien deuten nicht darauf hin, dass das neue Regelwerk bindend wirkt. Noch gefährlicher wird es, wenn der diskretionäre Spielraum der EU-Institutionen durch weitere, wie im Draghi-Report vorgeschlagene Schuldentöpfe noch größer wird. Ohnehin werden bereits bestehende Fördertöpfe nicht ausgeschöpft, da es in der EU an tragfähigen Investitionsprojekten fehlt, in die neue staatliche Mittel fließen könnten. Die EU ist dort besonders wertvoll, wo sie wie auf dem Binnenmarkt einen Wettbewerb zusätzlicher Lösungen ermöglicht, nicht wo sie durch Vorgaben von oben Lösungen aus dem Wettbewerb ausschließt.

4. SCHLUSSGEDANKE

Die Reformoptionen in allen Feldern der bürgerlichen Wirtschaftspolitik setzen auf abstrakte Regeln, fördern Wettbewerb und stützen sich auf organisch gewachsene Institutionen. Bürgerliche Wirtschaftspolitik nutzt das in der Gesellschaft vorhandene Wissen und verstreut die in Politik und Wirtschaft konzentrierte Macht. Sie erleichtert es allen Bürgern, ihren Lebensstandard zu verbessern – auch denen, die weder über materiellen noch immateriellen Reichtum verfügen, den sie mühelos in andere Länder mitnehmen könnten. Und sie ermöglicht es allen Unternehmen, gute Geschäftsideen umzusetzen – auch denen, die nicht als politisch förder- und schutzwürdig gelten. Dazu greift bürgerliche Wirtschaftspolitik möglichst nicht direkt, umverteilend und wissensanmaßend in den Markt ein. Vielmehr setzt sie eine Wettbewerbsordnung, die den Menschen Raum zum freiwilligen und wechselseitig vorteilhaften Tausch bietet, mit dem sie Arbeit, Wissen und Macht teilen.

Das klingt einfacher, als es ist. Neuer Raum zum marktwirtschaftlichen Tausch entsteht nur durch mutige Reformen in allen Feldern der Wirtschaftspolitik. Die Suche nach einem kleinsten gemeinsamen wirtschaftspolitischen Nenner reicht dazu nicht aus. Wahlkampfgeschenke, Wahlkreisinteressen, Klientelprojekte, gut gemeinte Fehlanreize und interventionistische Wissensanmaßung müssen dem Vertrauen in marktwirtschaftliche Prozesse und einer erneuten Prinzipienfestigkeit weichen. Es braucht einen ordnungspolitischen Unkrautstecher mit langer Klinge, um an den hausgemachten strukturellen Ursachen der Wirtschaftsmisere anzusetzen. Mutige wirtschaftspolitische Reformen stärken gleichzeitig die Demokratie. Bürger, die selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihren Wohlstand erwirtschaften, sind das wichtigste Korrektiv eines zur Überdehnung neigenden Staates.

LITERATUR

Böhm, Franz (1961): Demokratie und ökonomische Macht. In: Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht (ed.): Kartelle und Monopole im modernen Recht, Karlsruhe: C.F. Müller: 1-24.

Brunnermeier, Markus. K. und Stefan Kolev (2023): Optimismus: Vertrauen stärkt die Resilienz der Ordnung. RHI-Impulse 2024 des Roman Herzog Instituts.

Eucken, Walter (1952/1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Mohr-Siebeck/UTB.

Hesse, Nils und Jochen Andritzky (2024): Internationale Koordinationslösungen in der Klima- und Industriepolitik. Studie für die Denkfabrik R21.

Hesse Nils (2024): Eckpfeiler eines bürgerlichen Staatsverständnisses. Siebter R21-Eckpfeiler einer bürgerlichen Politik.

Horn, Karen (2010): Die soziale Marktwirtschaft: Alles, was Sie über den Neoliberalismus wissen sollten. Frankfurt a.M.: Frankfurter Allgemeine Buch.

Koch, Roland (2024): Der „Wumms“ ist verhallt. Kommentar vom 4. Oktober 2024. Ludwig Erhard Stiftung.

Matthes, Jürgen (2024): Kriterien für wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Abbau kritischer Importabhängigkeiten. Wirtschaftsdienst, 104(6), S. 395-402.

Röpke, Wilhelm (1958/1979): Jenseits von Angebot und Nachfrage. Bern/Stuttgart: Haupt.

Rüstow, Alexander (1957/1963): Hat der Westen eine Idee? In: Hoch (Hrsg.): Rede und Antwort. Ludwigsburg: Hoch, S. 165-189.

Schularick, Moritz (2023): Deutschlands Industriestrategie: Den Blick vom Rückspiegel lösen. IfW-Kiel.

Smith, Adam (1759/2016): The Theory of Moral Sentiments. Enhanced Media Publishing.

Weimann, Joachim (2009): Wirtschaftspolitik. Allokation und kollektive Entscheidung. Springer.

Diese Veröffentlichung der Denkfabrik für neue bürgerliche Politik dient ausschließlich der Information.

Im Allgemeinen wird in dieser Publikation das *genus commune* verwendet. Das heißt: Die verwendeten Personen- und Berufsbezeichnungen sind auf alle Geschlechter bezogen.

In dieses Papier sind über die in der Literatur aufgeführten Quellen hinaus zahlreiche Ideen und Anmerkungen aus dem R21-Netzwerk und dessen Expertenrat Klima und Energie eingeflossen.

HERAUSGEBER

REPUBLIK21 e.V. DENKFABRIK FÜR NEUE BÜRGERLICHE POLITIK

Büro München (Sitz des Vereins)

Baierbrunner Straße 25
81379 München
info@denkfabrik-r21.de

Büro Berlin

Albrechtstraße 13
10117 Berlin
hauptstadtbuero@denkfabrik-r21.de

T +49 89 2000 80 752

F +49 89 288 555 25

www.denkfabrik-r21.de

